

 VIEL DISKUTIERTE REFORMEN AUFGESCHOBEN

Haushalt und Koalition: Was die Merz-Regierung in ihren Mammut-Sitzungen vergessen hat

Nach tagelanger Krisensitzung hat die Merz-Regierung Beschlüsse bei zwei Prestigeprojekten getroffen. Rente- und Bürgergeld-Reform blieben aus.



Lukas Kuite

14.11.2025

🔄 14.11.2025, 15:58 Uhr



Die Stimmung unter den Koalitionären von Union und SPD scheint meistens gut. In den Wohnzimmern der Republik scheiden sich jedoch die Geister.

Kay Nietfeld/dpa

Nach tagelangen Diskussionen im Berliner Regierungsviertel fällt die Bilanz von CDU, CSU und SPD ernüchternd aus – zumindest für die Bürger, die auf Entlastungen oder grundlegende Veränderungen gehofft hatten.

Der gestrige Koalitionsausschuss markierte zwar Fortschritte bei zwei Prestigeprojekten – dem Strompreis für die Großindustrie und günstigeren Flugtickets. Der Blick in den beschlossenen Bundeshaushalt und die Einschätzung vieler Experten zeigt aber: Für den Normalbürger in Deutschland hat sich wenig geändert. Große Dauerbrenner, vor allem die viel diskutierten Reformen bei der Rente oder dem Bürgergeld, wurden weiter aufgeschoben – und bleiben damit vorerst ungelöst.



Bundeshaushalt für 2026 steht: Rekordverschuldung nach 15-stündigen Beratungen

Berlin 14.11.2025



Schuldenalarm: Bund verkauft neue Staatsanleihen in Höhe von 2,5 Milliarden Euro

Bundesregierung 12.11.2025



Was hat sich am Donnerstag im Koalitionsausschuss wirklich geändert? Ein Überblick

1. Industriestrompreis – Hilfe für Industrielle, Kosten für viele?

Die viel diskutierte Einführung eines Industriestrompreises stand ganz oben auf der Agenda. Die Regierung einigte sich darauf, zwischen 2026 und 2028 einen staatlich subventionierten Stromtarif für besonders energieintensive Unternehmen bereitzustellen: Fünf Cent pro Kilowattstunde, ausdrücklich als „Brücke“ gefordert von Branchen wie Chemie, Glas, Keramik und Maschinenbau. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) lobte das Programm als zentrales Instrument zur Stabilisierung der deutschen Industrie. „Die Gespräche mit der EU-Kommission sind weitgehend abgeschlossen“, so Merz.



Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) gab auf einer Pressekonferenz Anfang der Woche ihr Bestes. Doch die großen Zankäpfel Bürgergeld und Rente müssen noch mit der Union diskutiert werden.
Kay Nietfeld/dpa

Doch für Millionen Verbraucher – kleine und mittelständische Betriebe – bringt der Industriestrompreis kaum etwas: Vom Subventionsmodell profitieren vor allem Großunternehmen, die ohnehin gesonderte Sonderregelungen und oftmals vergünstigte

Tarife genießen. Die Debatten um die Strompreiskompensation auf EU-Ebene sind ebenfalls noch offen. Unter anderem warnte Feralpi-Stahl-Chef Uwe Reinecke, dass die Kompensation für die energieintensiven Betriebe „das wirksamste Instrument“ sei, um sie von den hohen deutschen Strompreisen zu entlasten.

„Wir brauchen fünf bis sechs Cent pro Kilowattstunde. Wie dieser Preis am Ende zustande kommt, ist uns eigentlich egal“, sagte der Chef des Riesaer Elektrostahlwerks in der Berliner Zeitung. Ohne die Verlängerung der Strompreiskompensation bleibt der neue Industriestrompreis ein Flickenteppich – und könnte langfristig wirkungslos für die Allgemeinheit werden. Viele Experten warnen, dass solche Subventionen den Wettbewerb verzerren, statt grundsätzliche Marktprobleme zu lösen.



G+ Ostdeutscher Stahlchef mit Weckruf an Merz nach Gipfel: „Die Welt ist nicht mehr global“

Europa 06.11.2025



G+ US-Fonds jubeln: Wer beim Industriestrompreis gewinnt – und wer verliert

CDU 07.11.2025



2. Fliegen wird günstiger – aber nicht unbedingt fürs Klima

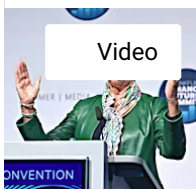
Überraschenderweise hat die Koalition beschlossen, zum 1. Juli 2026 die Ticketsteuer für Flüge ab deutschen Flughäfen zu senken. Kanzler Merz spricht von einem „Wettbewerbssignal“ im Sinne der Verbraucher und Zugeständnissen an die gebeutelte Luftfahrtbranche. Günstigere Tickets sind in Zeiten teurer Bahnfahrten tatsächlich ein beliebtes Argument beim Vielflieger-Publikum.

Doch neben der Frage einer möglichen Mehrbelastung bei anderen Verkehrsarten wie dem ÖPNV bleibt der ökologische Effekt und die finanzielle Auswirkung für Sparer fraglich: Ein ausgerechnet in der Klimakrise subventionierter Flugverkehr dürfte viele Umweltgruppen und auch verkehrspolitisch interessierte Bürger irritieren. Der Sprit an der Tankstelle bleibt nach wie vor teuer. Am Freitag betrug der Liter-Benzinpreis laut SWR-Datenanalyse im Durchschnitt rund 1,72 Euro. Zumal die Auswirkungen auf günstigere Flüge für Verbraucher für einen Sommerurlaub im kommenden Jahr fraglich bleiben. Flüge werden meist Monate im Voraus gebucht.

Strohfeuer für Verbraucher: Haushaltsausschuss beschließt verschuldete Staatskasse mit hohen Kosten

3. Der Bundeshaushalt 2026 – auf Kante genäht

Im Haushaltsausschuss des Bundestags ist zudem der nächste Bundeshaushalt mit einem Volumen von 524,54 Milliarden Euro für das kommende Jahr verabschiedet worden – noch mehr als bislang geplant. Das Plus von 4,07 Milliarden Euro im Vergleich zum Regierungsentwurf wird erneut über Schulden und Sondervermögen abgedeckt. Die Steuereinnahmen werden mit 387,2 Milliarden Euro veranschlagt, den Löwenanteil schultern dabei Privatpersonen und Unternehmen.



Finanzelite zwischen Glanz und Verantwortungslosigkeit: „Mein Sohn wird das alles bezahlen“

Deutschlands Schulden steigen rasant – die Antworten der Finanzelite wirken erstaunlich einfach. Exklusive Einblicke vom Frankfurt Finance & Future Summit.

Von Lukas Kuite

Politik 24.10.2025



4. Schulden auf Rekordniveau: Wer zahlt?

Eine aktuelle IW-Studie schätzt: Die Bundesregierung nimmt im Zeitraum 2025 bis 2029 rund 850 Milliarden Euro an Krediten auf, eine neue Rekordmarke. Allein im November stößt der Bund Staatsanleihen in Höhe von 14,5 Milliarden Euro auf den Markt. Die sogenannte „Bereichsausnahme“ der Schuldenbremse erlaubt es, Verteidigungs- und Sicherheitsausgaben über Notlagenregelungen auch weiterhin weitgehend kreditfinanziert zu stemmen.

Allerdings kommt die Merz-Regierung ihrem Versprechen nicht nach, die aufgenommenen Schulden für Extra-Investitionen auszugeben. Mit den Sondervermögen würden vor allem Löcher gestopft und kurzfristige Ausgaben kaschiert, meinen die IW-Forscher. Jeder zweite Euro werde demnach „zweckentfremdet“ – die Berliner Zeitung berichtete. Viele Bürger fragen sich, wo tatsächliche Spar- und Strukturreformen ansetzen – und bekommen bislang keine schlüssige Antwort.





Der Sitzungsraum des Haushaltsausschusses zum Bundeshaushalt 2026 im Paul-Löbe-Haus von außen.
Elisa Schu/dpa

Mehrere Finanzexperten warnten in der Berliner Zeitung zudem vor den langfristigen Folgen der Rekordverschuldung. Demnach steigt die Inflationsgefahr im Euroraum stark, eine Preissteigerung wäre für Verbraucher umso mehr zu spüren. Auch die Renditen für die aufgenommenen Schulden (Staatsanleihen), die der Staat in Jahrzehnten an die Gläubiger auszahlen muss, liegen aktuell bei rund drei Prozent. Vor einem Jahr lagen diese noch im niedrigeren Zwei-Prozent-Bereich. Für nachkommende Generationen könnte der Renditenanstieg bei ausbleibendem Wirtschaftswachstum teuer zu Buche stehen.



Milliarden als Schein-Investitionen: Ökonomen werfen der Merz-Regierung Täuschung vor

Neue Studien zeigen: Viele Milliarden der Merz-Regierung sind nur Schein-Investitionen. Experten warnen vor Deutschlands Niedergang – und fordern eine Kurswende.

Von Flynn Jacobs

Politik 13.11.2025



Die heißen Eisen: Rente und Bürgergeld bleiben ungelöst

Was hingegen nicht beschlossen wurde, sind tiefgreifende Lösungen bei den wirklichen Dauerbrennern des Sozialstaats. Weder zur dringend notwendigen Rentenreform noch zum viel diskutierten Bürgergeld gibt es einen politischen Konsens. Die große Koalition vertagt diese Themen – mit Verweis auf bevorstehende neue Kommissionsrunden und externe Expertenanhörungen.

Vor allem die Rentenlast steigt durch den demografischen Wandel rasant: Laut Statistischem Bundesamt werden bis 2035 bereits 24 Prozent der Bevölkerung über 67 Jahre alt sein – heute sind es etwa 19 Prozent. Für Experten ist klar: Die 2030er-Jahre werden für Arbeiter und Rentner eng. Die wichtigsten Positionen zwischen Union und SPD sind nach wie vor „unüberbrückbar“, heißt es hinter den Kulissen. Der Idee einer „Aktivrente“ steht eine Anhebung des Beitragssatzes entgegen, und bei der Grundsicherung (Bürgergeld) fordern CDU/CSU mehr Sanktionen, Sozialdemokraten stärkere Unterstützung.

Unionsfraktionschef Jens Spahn sieht beim Thema Rente noch Verhandlungsbedarf mit dem Koalitionspartner SPD. Und auch innerhalb von CDU/CSU gibt es Uneinigkeit. In einem Interview der Deutschen Presse-Agentur drohte der Vorsitzende der Jungen Union (JU)

Johannes Winkel erneut mit Ablehnung des Rentenpakets im Bundestags, falls es keine Änderungen gibt.

Bis zu zwei Koalitionsausschüsse gebe es noch bis Weihnachten, sagte Spahn im ZDF-Morgenmagazin. SPD-Fraktionschef Matthias Miersch betonte in der gleichen Sendung zuvor, dass die Stabilisierung des Rentenniveaus bis 2031 wichtig für seine Partei sei.

Verbrauchernutzen und echte Veränderungen? Fehlanzeige

Was bleibt unter dem Strich von vier Tagen Krisensitzung? Für den Bürger ändern sich die Preise im Supermarkt, beim Strom, beim Wohnen und bei der Mobilität vorerst nicht zum Besseren. Vielmehr wird klar: Die Großindustrie erhält dringend notwendige Erleichterungen, häufig subventionieren die Steuerzahler diese indirekt mit.

Die strukturelle Überlastung der öffentlichen Kasse bleibt ungeklärt. Grundsätzliche Innovationen oder Einsparungen, die sich auf die Alltagsbelastung der Bürger hätten auswirken können, fehlen im gesamten Paket.

Stattdessen lässt sich ein Muster beobachten: Immer wieder werden Ausgaben durch Schulden kompensiert, statt grundlegende Reformen und Entlastungen voranzutreiben. Die Ergebnisse der Ausschüsse zeigen vor allem eines: Die Koalition einigt sich auf kleine Häppchen und Bonbons. Der ersehnte große Kuchen wird erst 2027 gebacken.

Haben Sie Feedback? Schreiben Sie uns gern! briefe@berliner-zeitung.de

Dieser Artikel wurde auf [berliner-zeitung.de](https://www.berliner-zeitung.de) veröffentlicht.